

# Zwischen Toleranz-Skylla und Fundamentalismus-Charybdis

Ein Kommentar zur aktuellen politischen Diskussion in der Schweiz

VON REGULA STÄMPFLI

Die Diskussion über die Gleichstellung von Mann und Frau spielt sich seit zwanzig Jahren in trüben Gewässern ab. Da werden Schlachten um die verbale Gleichstellung geführt, während die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern gleich hoch bleiben. Da werden einzelne Frauen in Machtpositionen ziemlich heruntergeredet, während die Männer in der Finma, im Finanzdepartement, in der Leitung der Grossbanken, in den Chefredaktionen der wichtigsten Medien, in den Verwaltungsräten der mächtigsten Unternehmen unter sich bleiben.

An den Universitäten wird ein entpolitisierter Genderdiskurs unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt, nur um den jungen Studierenden jede Lust auf Politik, Feminismus und Geschichte zu vergällen. Es kommen während meiner Vorträge oder Lesungen Gleichstellungspolitikern (die es mittlerweile ja auch gibt) auf mich zu, mit so klugen Bemerkungen wie: «Mittlerweile müssen vor allem wir Männer um unsere Rechte kämpfen!» Spiegel Online, Zeit.de, Weltwoche.ch, DasMagazin.ch beglücken die interessierten Lesenden regelmässig und schlagzeilenfüllend mit neuen biologischen Studien, um allen klar zu machen, dass Menschen nicht einfach sprechende Affen, sondern vor allem kopulierende und mit grössten Unterschieden ausgestattete Geschlechtswesen sind. Wer hätte das gedacht?

Dies ist der Boden, auf welchem sich nun auch die politischen Parteien in einem Geschlechterdiskurs hervortun, der allen aufgeklärten Menschen grosses Staunen ins Gesicht zaubert. Links-grüne Parteivertreter sehen in der Scharia ein Zeichen multikultureller Versöhnung, rechtspopulistische Politiker schwingen sich zu Gleichstellungspolitikern auf, nachdem sie jede Forderung nach gleichem Lohn oder Krippenplätzen für erwerbstätige Frauen abgeschmettert haben.

Kurt Tucholsky schrieb einmal: «Erfahrung heisst gar nichts. Man kann eine Sache auch 35 Jahre lang schlecht machen.» Eine bittere erste Analyse zum schwierigen Verhältnis der Frauen zu den Religionen lautet also, dass der Feminismus aus Erfahrung nichts gelernt und in den letzten zwanzig, dreissig Jahren seine Sache mehr schlecht als recht gemacht hat. Ansonsten sähe die politische, ökonomische und kulturelle Realität für Frauen nicht so unwirklich ungleich aus.

Weshalb dies so kommen musste, lässt sich mit folgenden Grundtendenzen erklären: Die in den letzten zwanzig Jahren von jeglicher Demokratisierung oder Gleichstellung der Menschen unberührte Globalisierung hat allen politischen Systemen einerseits revolutionäre ökonomische, andererseits auch revolutionäre gesellschaftliche Veränderungen beschert.

Die weltweite Liberalisierung des Kapitals hat die Unterschiede zwischen arm und reich unvorstellbar erhöht, und damit vor allem auch die Frauenarmut weltweit wachsen lassen.

Die Liberalisierung des Warenverkehrs hat die klassischen Arbeitsgesellschaften in der Europäischen Union sowie in der Schweiz so umgewälzt, dass immer mehr Menschen qualifiziert, aber ohne ausreichendes Arbeit- und Erwerbseinkommen dastehen.

Die Liberalisierung der Dienstleistungen hat den Druck auf die traditionelle Familienform so erhöht, dass in Ländern ohne Krippen, Frauen im gebärfähigen Alter immer weniger Kinder gebären (von der demographischen Herausforderung der Überalterung gar nicht zu sprechen).

Die Liberalisierung der Personen, d.h. die Personenfreizügigkeit hat vor allem Europa eine Migration beschert, wie sie seit dem 19. Jahrhundert und dem 2. Weltkrieg nicht mehr stattgefunden hat.

Diese vier wesentlichen strukturellen Merkmale der Globalisierung revolutionieren nun die Politik, die wie eine «Postkutsche im Nanozeitalter» herumwerkelt. Während wir alle schon weltweit vernetzt, grenzüberschreitend verheiratet, in buntesten Familienformen lebend, überregional oder sogar international unser Erwerbseinkommen zu bestreiten versuchen, benehmen sich unsere Politikerinnen und Politiker so, als ob wir alle ein Leben wie unsere Grossmütter führten.

Dies ist der Hintergrund, auf welchem die Parteien in der Schweiz nun mit Migration und Religion umgehen. Die konservativen Parteien haben erkannt, dass sie die grosse Verunsicherung der Menschen durch die Globalisierung und durch die erzwungene EU-Wirtschafts- und Währungsunion, die die Schweiz direkt betrifft und gestaltet, für ihre rechtsnationalistischen Programme aus Schlachten können. Gleichstellung ist dabei der Anti-Migrationshit. Medienpolitisch positionieren sich die rechtspopulistischen Parteien damit perfekt, da keiner jemals hinterfragt, ob es den Parteien wirklich um die Gleichstellung der Geschlechter und nicht viel mehr um die Ausschaffung von Fremden geht. Faktisch haben rechtspopulistische Parteien noch nie für einen gleichstellungspolitischen Vorschlag gestimmt. Doch in der Mediendemokratie spielt dies keine Rolle. Wichtiger ist die Rhetorik, die von den Journalisten unhinterfragt wiedergegeben wird. Mit einem auf Gleichstellung basierenden Anti-Migrationsprogramm gewinnen die rechtspopulistischen Parteien nun schon seit Jahren die Wahlen.

Die Kombination, die durch revolutionäre Umwälzungen im ökonomischen Bereich hervorgerufene Verunsicherung mit einem Mythos Schweiz aufzufangen und gleichzeitig mit dem Schutz der Schweizer Frauen zu verbinden, ist elektoral fast unschlagbar. Zumal die Gegner der rechtspopulistischen Parteien, die

stille Mitte, die progressiven, die linken und die grünen Kräfte weder symbolisch noch faktisch diesen Tendenzen und Diskursen etwas entgegensetzen wollen oder können. Im Gegenteil:

Seit Jahren werfen sich sogenannten progressive Politiker für die Religionsfreiheit und für die uneingeschränkte Migration in die politischen Debatten. Die sogenannten progressiven Parteien gewichten die Religions- und Glaubensfreiheit seit Jahren höher als die Gleichstellung von Frau und Mann. Der Rechtsstaat, die Trennung öffentlich und privat sowie die rechtliche Verpflichtung zur Gleichstellung wird in diesen Kreisen zur Disposition multikultureller Anpassung gestellt. Der Entscheid der Erziehungsdirektorenkonferenz vom April 2010, Burkinis im obligatorischen Schwimmunterricht zu erlauben, zeugt von einer solchen Wertehehlung und Missachtung des Rechtsstaates. Die antiimperialistische und multikulturelle Verpflichtung links-grüner Kreise führt oft dazu, Antifeminismus salon- und rechtsfähig zu machen. Toleranz gegen Gleichstellung ausgespielt ist offenbar ein gutes Rezept, Feministinnen mundtot zu machen oder in eine Ecke zu stellen, in welche sie mit Sicherheit nicht gehören.

Frauen, die sich dezidiert für Frauenrechte und in gewissen Fragen gegen die mit der Religionsfreiheit einhergehende Frauenunterdrückung einsetzen, werden deshalb vor allem von rechtspopulistischen Kreisen gehört, während die sogenannten progressiven Kräfte genau diese Frauen als «rassistisch» ausgrenzen.

Eingeklemmt zwischen der links-grünen Skylla der multikulturellen Frauenunterdrückungstoleranz und der rechtspopulistischen Charybdis der rassistisch motivierten Gleichstellungsrhetorik sehen sich die klassischen Feministinnen, die vor Jahren einmal etwas von Subjekt, Selbstbestimmung, Freiheit und Gleichheit erzählten, in einer äusserst gefährlichen Navigation gefangen.

Denn in der Debatte um Kopftuch oder Burka, um Scharia oder Anpassung, um Burkini oder Schwimmunterricht gibt es nur Verlierer.

Nicht der symbolische Gehalt von Frauenrechten oder Religionsfreiheiten bildet den eigentlichen Kern der Debatte, sondern die ökonomische, gesellschaftliche, kulturelle und politische Machtverteilung: Wenn eine Frau mit Kopftuch gleich viel verdient wie ihr Mann, wenn eine Frau mit Kopftuch die gleiche Ausbildung genossen hat wie ihr

Mann, wenn eine Frau mit Kopftuch über ihr Bankkonto genauso verfügt wie ihr Ehemann, wenn eine Frau mit Kopftuch zu ihren Kindern genauso viel sagen darf wie ihr Mann, wenn eine Frau mit Kopftuch genauso häufig Predigerin in ihrer Moschee ist wie ihr Mann, wenn eine Frau mit Kopftuch genauso oft Sex haben kann, wie sie das will und wie das auch ihr Mann will, wenn eine Frau mit Kopftuch sich in eine Frau ohne Kopftuch verlieben kann oder sogar in eine Frau mit Kopftuch und und und, dann ist doch das Kopftuch kein Problem (und es verschwindet dann meist wie von selbst)! Das gilt übrigens auch für Frauen ohne Kopftuch.

Im UN-Report von 2002 stellen arabische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler explizit fest, dass die Demokratisierung, die wirtschaftliche Besserstellung der Menschen, die Hebung des Bildungsstandes in den arabischen Ländern nur stattfinden kann, wenn die Stellung der Frauen erheblich verbessert wird. Ohne wenigstens einen Ansatz von Gleichstellung zwischen Mann und Frau haben die arabischen Gesellschaften insgesamt keinen Hauch an Hoffnung, dass ihre demographischen, ökonomischen und kulturellen Krisen jemals behoben werden können.

Weshalb die westlichen Gesellschaften diesen Bericht nicht zum Ausgangspunkt für Migrationsfragen, Rechtsstaat und Wirtschaftsordnung nehmen, um die Fortschritte, die unsere Gesellschaften wirtschaftlich und kulturell und dank den Feministinnen bis zum Jahr 1990 erreicht haben, weiterzuführen, ist mit Vernunft nicht zu erklären. Aber mit der Analyse der Machtverteilung schon.

Solange die Wissenschaften, die Medien, die wichtigsten Unternehmen und Banken nicht an den Menschen, sondern an den richtigen Bilanzen interessiert sind, wird sich nicht nur die Gleichstellung, sondern die Lage der Menschen insgesamt mehr und mehr verschlechtern. Die oligarchischen Kräfte weltweit sind an kleinräumigen, nationalistischen Kulturdebatten interessiert. Denn diese lenken hervorragend von der globalen Lösung all der anstehenden Probleme sowie von der Diskussion um Macht ab. So wird nicht erkannt, dass in den letzten Jahren beispielsweise nicht die Islamisten die westliche Demokratie und deren Wohlstand wirklich lebensgefährdend bedroht haben, sondern die Wall Street, die Zürcher Bahnhofstrasse

und die Londoner City.

In einem solchen Umfeld ist es klar, dass rechtspopulistische Parteien den Teufel tun werden, die wahren Ursachen der Ungleichstellung darzulegen, sondern sie werden das Kopftuch zum Sündenbock machen für all das, was gegen die Menschen politisch und wirtschaftlich passiert. Und den links-grünen Parteien wird weiterhin nichts Besseres einfallen, als aus einer Minderheitenposition den Minderheiten an die Macht zu verhelfen, die dann als erstes klassische links-grüne und feministische Politiken beseitigen. Für Gleichstellungsmenschen ist es also höchste Zeit, das Geflecht Religion – Geschlecht – Politik nicht mehr zu interpretieren, sondern endlich zugunsten der Frauen zu verändern.

---

**Dr. Regula Stämpfli** ist Politologin/Dozentin/Autorin, siehe [www.regulastaempfli.ch](http://www.regulastaempfli.ch). Sie ist Intendantin des Internationalen Forums für Gestaltung Ulm, Mitglied des Hochschulrats Nordrhein-Westfalen, Mitglied des schweizerischen Ethikrats für öffentliche Statistik, Mitglied von Premesela (Dutch Platform for Design and Fashion), Mitglied der Gasteli-Stiftung.